

Was würde Schmidt sagen?

∴ Deutschland trauert um Helmut Schmidt. Am Wochenende ist die Trauer um die Opfer der brutalen Attentate in Paris hinzugekommen. Die Bevölkerung, so scheint es zumindest aus der Perspektive der Hamburger Presse, würde es überaus begrüßen, wenn sich die politische Klasse in der gegenwärtig so schwierigen politischen Situation, in der sich Deutschland und die EU (Griechenland-, Ukraine-, Flüchtlingskrise, Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus) befinden, weiterhin dialog- und ratsuchend an den krisenerprobten Altkanzler wenden könnte. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass eine umfassende historische und politikwissenschaftliche Analyse und Würdigung der Bedeutung von Helmut Schmidt mehr Zeit benötigt und daher noch eine Weile auf sich warten lässt.

Allerdings haben bis zuletzt seine kurzen, in Reden, Interviews und Schriften unmissverständlich geäußerten Hauptsätze vielen Bürgerinnen und Bürgern geholfen, sich national und global zu orientieren und zu verstehen, worauf es politisch ankommt. Das Abendblatt würdigte zu Recht sein rhetorisches Talent. Helmut Schmidt war kein begabter Sophist, der „nur“ reden konnte, denn es ging ihm um politisches Handeln: Reden und Handeln standen bei ihm in einer virtuos beherrschten Beziehung. Diese Beziehung von Reden und Handeln während seiner Amtszeit (und später in konzeptioneller Hinsicht) trug zu der Entwicklung eines positiven Bildes bei, das sich die Deutschen allmählich nach der Herrschaft des Nationalsozialismus peu à peu von den Politikern gemacht haben, denen sie vertrauen: des Bildes vom verantwortungsethisch denkenden und handelnden Politiker. Von diesem Vertrauen in ihre Politik und ihre Politiker profitiert auch noch die gegenwärtige Regierung. Ich habe dabei die Trias von Merkel, Schäuble und de Maizière vor Augen.

Verantwortungsethisch handelnde Politiker wissen, ob dafür nun der Text von Max Weber „Der Beruf zur Politik“ eine Blaupause darstellt oder nicht, dass es nicht ihre inneren moralischen, möglicherweise religiös gefärbten Überzeugungen sind, die ihnen das Recht zur Ausübung ihres Amtes und zum Handeln innerhalb ihres politischen Spielraums verleihen, sondern dass sie ihren Beruf allein dem Rechtsstaat und der Übertragung der Macht des Volkes durch die demokratischen Verfahren (vor allem durch Wahlen) verdanken. Auch Politiker, die sich auf sogenannten höchsten Werte (etwa Menschenrechte) berufen, „kämpfen“ (Max Weber) dabei um die politische Macht, Staat und Gesellschaft zu beeinflussen und zu gestalten, also um Gefolgschaft seitens des Volkes. Außerdem tun sie dieses als Berufspolitiker keineswegs frei von persönlichen Interessen. Keine politische Partei kann demzufolge für

sich beanspruchen, eine sogenannte höhere Werte gegenüber der Bevölkerung und gegenüber anderen verfassungskonformen Parteien einzunehmen.

Der Verfassungspatriotismus ist längst tief in der deutschen Bevölkerung verankert und trägt zu deren Erwartung bei, keine Lücken zwischen den Vorgaben des Rechtsstaats und der politischen Strategiebildung aufkommen zu lassen, auch nicht unter Bedingungen der europäischen Einigung. Helmut Schmidt verfügte hier über ein stabiles Koordinatensystem verantwortlicher Politik, welches das eigene Land und den behutsam in Gang gesetzten Prozess der Europäisierung umfasste, voller Respekt gegenüber seinen Partnern und gegenüber dem eigenen Land. Hätte Helmut Schmidt Letzterem jemals angedroht, es nicht mehr als „sein Land“ (Angela Merkel) anzusehen? Innerhalb des Rechtsstaats ist die Abwahl des Volkes durch die Regierung (Bertolt Brecht) ausgeschlossen.

Die terroristischen Attentate in Paris stellen einen gewalttätigen Angriff auf das freiheitliche Leben in modernen Gesellschaften („Nobis sommes Paris“) dar, wie beispielsweise auf die in Deutschland so großzügig gewährten Freiheiten von der Religion und zur Religionsausübung. Der Bedrohung der Freiheit ist durch eine Politik der inneren und äußeren Sicherheit zu begegnen. Für Deutschland hat dieses einmal Otto Schily, der in seiner Zeit als SPD-Innenminister verantwortungsethisch dachte und handelte, in einem nebenseitigen Hauptsatz ausgedrückt: Freiheit und Sicherheit stellen keine Gegensätze dar. Diese klare Einsicht bestimmt erkennbar die derzeitige französische Politik, vereinen Volk und Regierung. In unserem Lande dagegen – die Attentate am Fußballstadion in Paris zielten immerhin auch unmittelbar auf Deutsche (auf die deutschen Fans, auf die Nationalmannschaft und auf den Außenminister) – empfinde ich ein tiefes Misstrauen der politischen Klasse gegenüber dem eigenen Volk, wenn bei der Diskussion um die erforderlichen rechtsstaatlichen Kontrollen (ja, aber ...) in jedem zweiten oder dritten Satz dem eigenen Volk gedroht wird, sich wohlwollend gegenüber der eingewanderten Bevölkerung zu verhalten. Kein ernst zu nehmender Diskutant äußert hieran Zweifel oder lehnt Integration ab. Aber gegen diesen Ton permanenter, moralisch aufgeregter Maßregelung regt sich bei vielen Menschen Widerstand. Probleme der Integration, wie die verantwortungsethisch gebotene Erörterung geeigneter Mittel und Ressourcen, können in diesem Klima kaum vernünftig besprochen werden. Noch finden viele Bürger einstweilen traurigen Trost in Erinnerung an Helmut Schmidt, dessen Stimme sie in Echtzeit nicht mehr hören werden.

**Prof. Dr. Christiane Bender,
Helmut-Schmidt-Universität**